

AUF DER ÜBERHOLSPUR? DAS PHÄNOMEN TIMOSCHENKO: HOHE INFLATION UND WIRTSCHAFTSPROBLEME HABEN BISHER IHRER POPULARITÄT KAUM GESCHADET

Juri Durkot

DER ZWEITE ANLAUF

Als Timoschenko am 18. Dezember 2007 zum zweiten Mal vom Parlament zur Premierministerin gewählt wurde, war es von Anfang an klar – sie wird auch diesmal kein leichtes Spiel haben. Den Vorgeschmack auf die zukünftigen Schwierigkeiten lieferte die Wahl selbst. Bis zum letzten Moment war unklar, ob Timoschenko die für die Wahl notwendigen 226 Stimmen bekommen würde. Einige Abgeordnete aus dem Juschtschenko-Bündnis Nascha Ukraina haben immer wieder öffentlich ihre Bedenken gegen die 47-jährige Politikerin ausgesprochen. Am Ende waren es 227 Stimmen, mit denen Timoschenko in einer offenen und namentlichen Abstimmung zum zweiten Mal zur Premierministerin gewählt wurde.

Nach 100 Tagen wollte sie die ersten Resultate des „Ukrainischen Durchbruchs“ präsentieren, des Programms, mit dem ihr Wahlbündnis BJuT bei den vorgezogenen Parlamentswahlen im September 2007 angetreten ist. Ein Durchbruch wurde es eben nicht – die ständigen Querelen in der Koalition, die Machtkämpfe mit Präsident Juschtschenko, die politische In-



Juri Durkot, Jahrgang 1965. Nach dem Germanistik-Studium publizierte er Anfang der neunziger Jahre in österreichischen Zeitungen. Von 1995 bis 2000 war er Pressesprecher der ukrainischen Botschaft in Deutschland. Heute lebt er als freier Journalist, Publizist, Produzent und Übersetzer in seinem westukrainischen Geburtsort Lemberg.

Die Probleme für die Regierung Timoschenko werden immer größer – die Koalition in der Werchowna Rada steht vor der Zerreißprobe, das Parlament selbst ist kaum arbeitsfähig, das Verhältnis zu Präsident Juschtschenko ist endgültig zerrüttet, zwischen dem Ministerkabinett und dem Präsidialsekretariat herrscht mittlerweile ein offener Krieg und die Inflation ist fast außer Kontrolle geraten. Trotzdem bescheinigen die meisten Experten der Regierung für die ersten 100 Tage die relativ gute Note „2–“. Und die Popularität von Julia Timoschenko wächst – ungeachtet aller Schwierigkeiten in der Wirtschaft und ständiger Streitereien mit dem Koalitionspartner.

stabilität und die immer näher heranrückenden Präsidentschaftswahlen sowie das Fehlen eines klaren strategischen Konzeptes in der Regierung selbst ließen kaum Spielraum für große Reformprojekte. Trotzdem haben die meisten Experten dieser Regierung, in der BJuT und Nascha Ukraina-Selbstverteidigung des Volkes/NUNS nach der Koalitionsvereinbarung jeweils die Hälfte der Minister stellen (obwohl BJuT bei der Wahl mehr als doppelt so viele Stimmen bekommen hat), keine schlechte Arbeit attestiert. Timoschenko hat einiges aus ihren Fehlern gelernt und wollte ihren zweiten Anlauf besser nutzen.

Bisher ist es ihr auch gelungen. Die Experten schätzen samt positiv den Start der Rückzahlungen der eingefrorenen Spareinlagen, die gestiegenen Haushaltseinnahmen und den Kampf gegen illegale Importe (in den ersten zwei Monaten haben sich die Zolleinnahmen im Vergleich zum vorläufigen Plan auf 12,5 Milliarden Hrywnja mehr als verdoppelt) insgesamt positiv ein. Auch den WTO-Beitritt (die Ukraine wird nach der Unterzeichnung und der Ratifizierung des Protokolls durch das Parlament am 16. Mai offiziell Mitglied der WTO) und den Beginn der Verhandlungen mit der EU über die Freihandelszone darf die Regierung eindeutig als Plus für sich buchen. Kaum negative Einschätzungen ertete Timoschenko auch für die ausgehandelten Verträge mit Gasprom. Zwar konnte sie hier nicht alle Ziele erreichen und nur einen Zwischenhändler ausschalten, ganz wichtig war aber, dass sie dabei Präsident Juschtschenko die Initiative aus der Hand gerissen hatte und sich sowohl den ukrainischen als auch den russischen Eliten als wichtiger Akteur zeigen konnte.

Allerdings sind alle diese Erfolge kein Resultat eines Reformprogramms, sondern eher gelungene Einzelaktionen. Ein klares Konzept der strukturellen Reformen findet man nicht im Regierungsprogramm, das übrigens vom Parlament bisher nicht bestätigt wurde.

Auf der Minusseite findet man nicht sehr viel Negatives. Ein Posten kann aber alle Erfolge der Regierung in den Schatten stellen und ihr zum Verhängnis werden: Die Teuerungsrate im ersten Quartal ist auf 9,7 Prozent geklettert. Mittlerweile steigen die Preise schneller als die Popularität von Timoschenko, urteilte ironisch die ukrainische Zeitschrift *Korrespondent*. Bisher schien dies aber die Beliebtheit von Julia Timoschenko kaum zu beeinflussen. Genauso wie die Tatsache, dass die

Arbeit der Regierung in den ersten 100 Tagen laut Umfrage des Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie (KMIS) nur 28 Prozent der Befragten als positiv bewertet haben. 39 Prozent der Befragten haben der Regierung dagegen eine schlechte Arbeit attestiert. In einer ähnlichen KMIS-Umfrage vom Ende Januar sah es noch anders aus – 37 Prozent der Befragten waren der Meinung, dass die Regierung eine gute Arbeit leiste, nur 20 Prozent waren überzeugt, dass dies nicht der Fall sei. Eine Tendenz, die für Julia Timoschenko recht unangenehm werden kann. Trotzdem hätten sie im März die meisten Ukrainer wieder zur Präsidentin gewählt. Im Februar hat Timoschenko zum ersten Mal den bis dahin in den Meinungsumfragen immer führenden Wiktor Janukowitsch überholt.

**Wen würden sie zum Präsidenten der Ukraine wählen?
(Angaben in Prozent)**

	Stiftung Öffentliche Meinung (FOM), 14.–23.12. 2007	Internatio- nales Institut für Soziologie für Kiew (KMIS), 08.–17.02. 2008	Ukrainian Sociology Service (USS), 27.02–08.03. 2008
Julia Timoschenko	19,8	25,0	30,5
Wiktor Janukowytsch	24,4	23,1	23,3
Wiktor Juschtschenko	12,7	9,0	9,6

AKTION SPAREINLAGEN

Die Schlangen, die sich im Januar 2008, fast siebzehn Jahre nach dem Zerfall der Sowjetunion, in allen ukrainischen Städten vor den Filialen der Sparkasse gebildet hatten, weckten die Erinnerung an das Ende der Sowjetzeit und die ersten Jahre der Unabhängigkeit. Damals musste man sich in der Nacht anstellen, um Butter, Käse oder Zigaretten zu kaufen. Die Schlangen im Jahr 2008 hatten auch etwas mit der Sowjetunion zu tun oder, besser gesagt, mit ihrem Erbe.

Es ging um die Rückzahlung der Spareinlagen der sowjetischen Sberbank (Sparkasse). Zwar wurde Russland Rechtsnachfolgerin der Sowjetunion, doch hat sich Moskau stets geweigert, die Verbindlichkeiten der ehemaligen

Zwar wurde Russland Rechtsnachfolgerin der Sowjetunion, doch hat sich Moskau stets geweigert, die Verbindlichkeiten der ehemaligen Sberbank in den neuen unabhängigen Staaten zu übernehmen.

Sberbank in den neuen unabhängigen Staaten zu übernehmen. So blieben Millionen von Menschen auf ihren Sparbüchern sitzen. Die Konten wurden eingefroren.

Seit einigen Jahren hatte Kiew versucht, die alten Ersparnisse zurückzuzahlen. Ausgezahlt wurden bislang nur Häppchen. Die Rentner hatten hin und wieder von ihren alten Sparbüchern umgerechnet sieben Euro bekommen. Bei diesem Tempo hätte man die Gelder noch rund 70 Jahre lang auszahlen können. Da kamen aber die vorgezogenen Parlamentswahlen. Und Julia Timoschenko – mit ihrem Versprechen, die eingefrorenen Spareinlagen binnen zwei Jahren zurückzuzahlen.

Ob die charismatische Politikerin sich im Klaren war, um wieviel Geld es sich tatsächlich handelt, kann man nur spekulieren. Immerhin weiß das heute sowieso keiner so recht. Die Vorgängerregierung von Wiktor Janukowitsch ist von einem Betrag von 120 Milliarden Hrywnja oder umgerechnet 15,4 Milliarden Euro ausgegangen. Das wäre ungefähr die Hälfte des ukrainischen Jahreshaushaltes. Diese Schätzung hat aber ein Manko: Es gibt keine Datenbank, in der alle Beträge, Kunden und ihre Erben erfasst wären. Viele Sberbank-Kunden sind mittlerweile gestorben, die anderen haben ihre Sparbücher verloren oder weggeworfen.

Der Schachzug im Wahlkampf war recht clever, und nachdem sie zur Premierministerin gewählt wurde, konnte Timoschenko von ihren Versprechungen nicht mehr abrücken. Zwar haben ihr die Kritiker Populismus vorgeworfen, sich gegen ihr Vorhaben zu stellen und die Auszahlungen zu blockieren, hat aber keiner gewagt. Präsident Juschtschenko ist selbst auf den Zug gesprungen, er ließ verlauten, dass er die Initiative voll unterstütze, musste aber zusehen, wie die Beliebtheit seiner schärfsten Rivalin wuchs.

Zwar ist es total unrealistisch, dass die Rückstände in zwei Jahren zurückgezahlt werden, doch auch die kleinen Zahlungen können viele alte Menschen in der Ukraine glücklich machen. Politisch kann Timoschenko bereits jetzt erste Dividenden verbuchen. „Wenn Julia uns das Geld tatsächlich zurückzahlt, werde ich für sie votieren“, wurde neulich eine Rentnerin aus Donezk zitiert. Früher war es in der Hochburg der Partei der Regionen von Wiktor Janukowitsch nicht üblich, so etwas laut zu sagen.

Eingeplant hat man im Haushalt von 2008 erst einmal nur sechs Milliarden Hrywnja. Davon soll nur ein Teil als Bargeld ausgezahlt werden, zunächst kann man maximal 1000 Hrywnja (rund 130 Euro) abheben. Bis zum 10. April haben sich knapp fünf Millionen Sparer gemeldet, ausgezahlt wurden 4,3 Milliarden Hrywnja. Zwar ist der Gesamtbetrag im Vergleich zum Haushalt relativ klein, manche Kritiker warnen, dass die Rückzahlungsaktion die ukrainische Wirtschaft bereits jetzt teuer zu stehen komme. Timoschenko weist alle Vorwürfe zurück und will das Geld vor allem durch Privatisierung auftreiben. Ihr Plan besteht aber auch in der stärkeren Bekämpfung der Steuerhinterziehung und der Korruption. Eine Aufgabe, an der die erste „orangene Regierung“ 2005 schon kläglich gescheitert ist.

DER GASSTREIT MIT RUSSLAND

Bei den ukrainisch-russischen Gasgeschäften ist die Korruption schon seit langem ein Thema. Seit dem Gasstreit mit Moskau Anfang 2006 wird das russische und turkmenische Erdgas von einem ominösen Zwischenhändler geliefert – an der Rosukrenergo AG sind Gasprom und der ukrainische Oligarch Dmitro Firtasch beteiligt. Auf dem ukrainischen Markt wurde das Gas bis zuletzt an zahlungskräftige Kunden aus der Wirtschaft exklusiv von Ukrgasenergo verkauft – einer Tochter von Rosukrenergo und dem ukrainischen Staatsmonopolisten Naftogas. Dem letzteren blieben lediglich Problemkunden – die Bevölkerung und die maroden Stadtwerke. Dieses Schema ließ zahlreiche Korruptionsaffären zu und trieb Naftogas in eine Schuldenfalle. Sie wurde von vielen Experten als Gefahr für die nationalen Interessen des Landes kritisiert. Einige warnten, dass das Schreckenszenario, bei dem Gasprom für die Schulden der Naftogas AG die Kontrolle über die ukrainische Pipeline übernehmen könnte, gar nicht so unrealistisch sei.

Timoschenko wollte die Zwischenhändler ausschalten und zu direkten Verträgen zwischen Gasprom und Naftogas zurückkehren. Doch dabei stieß sie auf heftigen Widerstand – nicht nur in Russland, sondern auch im eigenen Land. Präsident Wiktor Juschtschenko hatte mehrmals die Regierung für ihre Energiepolitik heftig kritisiert – er warf Timoschenko vor, dass sie die von ihm und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin am 12. Februar getroffene Vereinbarung

Präsident Wiktor Juschtschenko hatte mehrmals die Regierung für ihre Energiepolitik heftig kritisiert.

untergraben wolle. Diese sah zwar auch einen Verzicht auf Rosukrenergo und Ukrigasenergo vor, dafür sollten aber zwei neue Zwischenhandelsfirmen gegründet werden – das eine Joint Venture sollte das Gas liefern, das zweite sollte es auf dem ukrainischen Markt zusammen mit dem Gas aus der ukrainischen Produktion verkaufen. Immerhin fördert das Land jährlich rund 20 Milliarden Kubikmeter Erdgas, etwa 30 Prozent des Gesamtbedarfs. An beiden JV sollten sich Gasprom und Naftogas jeweils zu 50 Prozent beteiligen. Auf diese Weise konnte Gasprom den Zugang zum ukrainischen Gasmarkt durch die Hintertür bekommen. Die Ukraine könnte dann die Kontrolle über den eigenen Gasmarkt verlieren, argumentierte Konstantin Borodin, Direktor des ukrainischen Instituts für Energieforschung.

Präsident Juschtschenko betonte, dass er den „bestmöglichen“ Preis für russische Gaslieferungen aushandeln wollte. Doch der „gute Preis“ ist eine Illusion, wenn man dafür politische oder wirtschaftliche Zugeständnisse machen muss. Für 2008 wurde der Gaspreis auf 179,5 US-Dollar pro 1000 Kubikmeter festgelegt, doch auf Dauer ist der weitere Anstieg unvermeidlich. Früher oder später muss sich die Ukraine auf Preise von über 300 US-Dollar einstellen. Es kann höchstens eine Übergangsperiode geben, meint Wladimir Milow, Präsident des russischen Instituts für Energiepolitik.

Im Gasstreit ist es Timoschenko gelungen, zumindest einen Teilsieg zu erringen. Zwar wird Rosukrenergo nach wie vor das russische und das turkmenische Gas in die Ukraine liefern, aber nun direkt an Naftogas. Für den Zwischenhändler Ukrigasenergo, der bisher das Gas auf dem ukrainischen Markt an die Industrie verkauft hatte, gibt es in den von Timoschenko mit Gasprom Anfang März ausgehandelten Verträgen keinen Platz mehr. Im Gegenzug soll Gasprom die Möglichkeit bekommen, mindestens 7,5 Milliarden Kubikmeter in diesem Jahr an die ukrainischen Kunden direkt zu verkaufen. Zwar sind immer noch nicht alle Unstimmigkeiten zwischen Gasprom und Naftogas ausgeräumt, die meisten Experten haben jedoch das von Timoschenko erzielte Ergebnis positiv eingeschätzt.

Trotzdem bleibt in der ganzen Geschichte ein fader Beigeschmack. Die ukrainischen Politiker haben abermals gezeigt, dass sie nicht imstande sind, sich auch in strategisch wichtigen außenpolitischen Fragen auf eine gemeinsame Position

zu einigen. Es gibt keinen nationalen Konsens. Die heutige Opposition vertritt grundsätzlich ein anderes Konzept bei der Energieversorgung des Landes. Für sie ist es besonders wichtig, dass das Gas an die Industrieunternehmen des Ostens (die wohlgerneht alle in privatem Besitz sind) so preiswert wie möglich geliefert wird. Zwischen den Koalitionspartnern ging es diesmal primär um die Macht: Wer hat bei den strategischen Entscheidungen das letzte Wort, die Premierministerin oder der Präsident? Um Einmütigkeit haben sich Juschtschenko und Timoschenko nicht einmal in der Öffentlichkeit bemüht. Moskau, das ja sowieso am längeren Hebel sitzt, da es mittelfristig keine Alternativen zu den Gaslieferungen über die russischen Pipelines gibt, nutzt die Machtkämpfe der ukrainischen Politiker geschickt aus.

Aus diesem Grund ist Timoschenkos Suche nach Alternativen strategisch wichtig. Ihr Ziel ist klar: die Abhängigkeit des Landes von den russischen Energielieferungen zu verringern. Nach ihren Vorstellungen wäre dafür das White-Stream-Projekt am besten geeignet. Die Pipeline, für die sie Ende Januar in Brüssel erworben hat, und an der die Europäische Union grundsätzlich das Interesse haben könnte, soll das Gas aus der Kaspischen Region über das Schwarze Meer und die Ukraine nach Europa bringen – als Ergänzung zu der von Russland bevorzugten South Stream und dem EU-Projekt Nabucco.

Timoschenkos Ziel ist klar: die Abhängigkeit des Landes von den russischen Energielieferungen zu verringern. Nach ihren Vorstellungen wäre dafür das White-Stream-Projekt am besten geeignet.

Allerdings sind die Aussichten auf den Bau der White-Stream-Pipeline äußerst unklar. Kurzfristig könnten die Energiesparmaßnahmen viel mehr bringen. Bisher wurde für die Energieeinsparung von Kiew wenig getan. Die Ukraine verbraucht immer noch rund 70 Milliarden Kubikmeter Erdgas jährlich, immerhin sind es trotz eines erheblichen Wirtschaftswachstums rund acht Prozent weniger als noch vor zwei Jahren. Die Ökonomen haben das Potenzial längst erkannt – wenn Anfang 2006 viele prophezeit haben, dass die ukrainische Wirtschaft, insbesondere die Chemieunternehmen und die Metallurgie, die Preise über 130 US-Dollar pro 1000 Kubikmeter nicht verkraften kann, malt heute keiner mehr Schreckensszenarien an die Wand. Fast alle Experten haben in einer von der Wochenzeitung *Zerkalo Nedeli* neulich durchgeführten Umfrage ihre Überzeugung zum Ausdruck gebracht, dass die Wirtschaft auch bei Preisen von über 300 US-Dollar nicht zusammenbricht. Durch Modernisierungsmaßnahmen können die

Das kurzfristige Einsparpotenzial in den beiden energieintensivsten Branchen Chemie und Metallurgie wird auf 20 bis 25 Prozent geschätzt.

Unternehmen auch bei diesem Preisniveau profitabel arbeiten, das kurzfristige Einsparpotenzial in den beiden energieintensivsten Branchen Chemie und Metallurgie wird auf 20 bis 25 Prozent geschätzt. Dass die Preise unweigerlich steigen, verstehen mittlerweile alle – die Wirtschaft und die Politik. Da Turkmenistan und Usbekistan im nächsten Jahr Marktpreise verlangen wollen, könnte das Gas an der russisch-ukrainischen Grenze bereits ab Januar 290 US-Dollar kosten.

MISSION IMPOSSIBLE: DER SPAGAT ZWISCHEN STEIGENDEN PREISEN UND SOZIALEN PROGRAMMEN

Der Anstieg der Gaspreise, auch wenn nicht mehr kritisch für die ukrainische Wirtschaft gesehen, birgt aber eine andere Gefahr, nämlich die inflationärer Tendenzen. Bereits im vergangenen Jahr ist die Inflation auf 16,7 Prozent gestiegen, und seit Anfang des Jahres ist die Teuerungsrate regelrecht explodiert. Im ersten Quartal lag sie bereits bei 9,7 Prozent,

Auf das Jahr umgerechnet, liegt die Inflationsrate bereits deutlich über 20 Prozent.

alleine im März sind die Preise um 3,7 Prozent gestiegen. Auf das Jahr umgerechnet, liegt die Inflationsrate bereits deutlich über 20 Prozent, laut einer Anfang März von Ukrainian Sociology Service durchgeführten Umfrage bereitet diese

Tendenz bereits mehr als zwei Dritteln aller Ukrainer die größte Sorge. Fast die Hälfte der Befragten war mit ihrem Einkommensniveau unzufrieden. Gleichzeitig kümmerten sich nur 14 Prozent um die aktuelle politische Diskussion wegen des Nato- und EU-Beitritts, die Sprachenfrage (die von der Partei der Regionen geforderte Einführung von Russisch als zweiter Staatssprache) war lediglich für 13 Prozent der Befragten wichtig.

Die Experten begründen den rasanten Preisanstieg mit steigenden Rohstoffpreisen, weltweit explodierenden Lebensmittelpreisen sowie den Inflationserwartungen. Eine gewisse Rolle hat dabei auch der Wahlkampf gespielt – zum einen haben alle Parteien Geschenke an die Wähler verteilt, zum anderen wurden viele Gelder für Wahlhelfer und Werbung aus schwarzen Kassen gezahlt. Die genauen Beträge bleiben im Dunkeln, laut Expertenschätzungen summieren sie sich aber mindestens auf einige Hundert Millionen US-Dollar. Zudem haben alle Regierungen seit 2004 die sozialen Programme

**Umfrage: „Welche Probleme des alltäglichen Lebens bereiten ihnen die größten Sorgen“
(27.02.–8.03.08), Auswahl
(Angaben in Prozent)**

Anstieg der Preise	70,1
Niedrige Löhne und Renten	46,1
Schlechte medizinische Versorgung	36,1
Politische Instabilität	33,7
Korruption	22,3
Ökologische Situation	19,5
Beziehungen mit Russland	16,7
EU- und Nato-Beitritt	14,5
Einführung von Russisch als zweite Staatssprache	13,0t

Quelle: Ukrainian Sociology Service, <http://www.soc.com.ua>

angekurbelt. Löhne, Gehälter, Renten oder Kindergeld – sämtliche sozialen Ausgaben sind überproportional gewachsen. In der hohen Inflation 2008 sind also auch die Versäumnisse der früheren Jahre zu spüren. Die zusätzliche Belastung durch die Rückzahlungen der Sparanlagen dürfte im Moment eher eine geringere Rolle spielen.

Alle Regierungen haben seit 2004 die sozialen Programme angekurbelt. Löhne, Gehälter, Renten oder Kindergeld – sämtliche sozialen Ausgaben sind überproportional gewachsen.

Immerhin droht die Lage endgültig außer Kontrolle zu geraten. Die Regierung Timoschenko kann den Vorjahresrekord der Vorgängerregierung schlagen und die höchste Inflationsrate seit 2000 einfahren. Zwar gefährdet die Teuerung immer noch nicht das wirtschaftliche Wachstum, aber die Situation ist kritisch und verlangt ein gemeinsames Handeln. Davon ist man allerdings weit entfernt. Zudem ist man sich über die Maßnahmen nicht einig. Die Notenbank hat bereits erklärt, dass sie das Wachstum der Geldmasse stark eingebremst und ihre Instrumente fast erschöpft habe. Die Aufwertung der Hrywnja und die Senkung der Einfuhrzölle auf Lebensmittelimporte sind im Gespräch, dagegen gibt es aber eine starke Lobby der Exporteure und Produzenten. Und die Experten warnen vor allzu großen Bewegungen am Währungsmarkt. Erwogen werden ebenfalls höhere Zinsen und stärkere Auflagen bei der Kreditvergabe.

Nur eins kommt nicht in Frage – das Zurückfahren der Sozialprogramme. Anderthalb Jahre vor der regulären Präsidenten-

schaftswahl und der Option einer neuen vorgezogenen Parlamentswahl im Hinterkopf will keine politische Partei die Wähler verprellen. Die Regierung schon gar nicht. So versucht es Timoschenko mit anderen Hebeln – etwa der Festlegung von Höchstpreisen durch Memoranden mit Produzenten und Lebensmittelketten. Ein total falscher Ansatz, aber die Inflationsbekämpfung durch marktwirtschaftliche Instrumente war nie Timoschenkos Stärke. Übrigens haben zu diesem Ansatz hin und wieder auch die anderen ukrainischen Regierungen gegriffen. So hat das Kabinett Janukowitsch 2004 und 2007 vor der Wahl die Benzinpreise eingefroren – mit dem Ergebnis, dass sie nach der Wahl explodierten.

Timoschenko muss aber nicht nur gegen die Inflation kämpfen, sondern auch gegen ihre eigenen Verbündeten. Denn an eine gemeinsame Politik mit Präsident Juschtschenko ist nicht zu denken. Die Grabenkämpfe zwischen den beiden Politikern verwandeln sich allmählich in einen offenen Krieg.

DAS KRÄFTEMESSEN MIT PRÄSIDENT JUSCHTSCHENKO

Juschtschenko sieht in der wachsenden Popularität Timoschenkos eine ernsthafte Bedrohung sowohl für seine heutige Macht als auch für seine Chancen auf eine zweite Amtszeit.

Seit der Ernennung von Timoschenko zur Premierministerin scheint der Machtkampf die Politik des Präsidenten und des Präsidialsekretariats zu dominieren. Juschtschenko sieht in der wachsenden Popularität Timoschenkos eine ernsthafte Bedrohung sowohl für seine heutige Macht als auch für seine Chancen auf eine zweite Amtszeit. Zwischen den beiden Politikern gibt es schon längst kein Vertrauen mehr, die anfänglichen Bekenntnisse zur Koalitionstreue waren von Anfang an nur für die Öffentlichkeit bestimmt. Bald wurden sie von gegenseitigen Schuldzuweisungen verdrängt. Timoschenko vermied es aber zunächst, den Präsidenten persönlich anzugreifen, und richtete ihre Angriffe gegen das Präsidialsekretariat und dessen Chef Wiktor Baloha. Doch Mitte April war ihre Geduld offensichtlich zu Ende – in einer am 16. April veröffentlichten Erklärung der BJuT-Fraktion im Parlament wurde Juschtschenko in einem äußerst scharfen Ton vorgeworfen, sämtliche Vorhaben der Regierung zu blockieren, die Privatisierung zu hintertreiben und die Koalition zerstören zu wollen.

Juschtschenko hat tatsächlich kein leichtes Spiel. Sein Problem ist, dass er offensichtlich wieder kandidieren will und

dabei kaum noch Chancen hat. Mit Umfragewerten, die mittlerweile unter die Marke von zehn Prozent gerutscht sind, wird er nicht nur den Zweikampf im „orangenen“ Lager gegen Timoschenko verlieren. Auch wenn man sich vorstellen würde, das Timoschenko auf das Amt verzichten könnte und im Wahlkampf wieder voll Juschtschenko unterstützen würde, wird er diesmal Janukowitsch unterliegen. Denn 2004 haben viele Menschen Juschtschenko nicht als Person gewählt, sondern als Symbol „für das Gute“, als jemanden, der bestimmte Werte verkörperte. Und von den Symbolen aus der Zeit der „Orangenen Revolution“ ist heute kaum noch etwas übrig geblieben.

Die Beteuerungen, dass sich das Szenario von 1999 wiederholen könnte, sind wenig stichhaltig. Damals hat der bereits sehr unbeliebte amtierende Präsident Leonid Kutschma seine Gegner ausgetrickst und in der zweiten Runde gegen den Kommunisten Petro Simonenko als das kleinere Übel, also gegen die Gefahr der „roten Revanche“, gewonnen. Der manipulierte Kampf „Gut gegen Böse“ ist in dieser Form in der Ukraine nicht mehr möglich. Was den politischen Wettbewerb, die Medienfreiheit und die Reife der Gesellschaft anbelangt, unterscheidet sich die Situation grundlegend von den politischen Gegebenheiten vor zehn Jahren.

Trotzdem setzen Juschtschenkos Strategen im Kampf gegen Timoschenko auf zwei Karten – auf totale Kritik der Regierung und auf Blockade zahlreicher Initiativen des Ministerkabinetts. Das Ziel ist, das Rating von Timoschenko zu senken. Bereits im Januar stellte Juschtschenko öffentlich das Privatisierungsprogramm der Regierung in Frage – mit der Forderung, dass daraus die regionalen Stromversorger zu streichen. Einige Wochen später stellte er sich hinter die Vorsitzende der Privatisierungsbehörde Valentina Semenjuk und stoppte somit ihre Entlassung, die bereits durch das Ministerkabinett beschlossen worden war. Paradox ist nur, dass Semenjuk als Vertreterin der Sozialistischen Partei unter verschiedenen Vorwänden nicht nur grundsätzlich die Privatisierung der Großunternehmen ablehnt, sondern auch in einige Privatisierungsskandale verwickelt ist. Neulich hat sie sich gegen die beschlossene Privatisierung der Ukrtelekom ausgesprochen. Bei einem Startpreis von Zwölf Milliarden Hrywnja (rund 1,5 Milliarden Euro) hat die Regierung bei einer offenen Versteigerung mit Ein-

Juschtschenkos Strategen setzen im Kampf gegen Timoschenko auf zwei Karten – auf totale Kritik der Regierung und auf Blockade zahlreicher Initiativen des Ministerkabinetts.

nahmen von bis zu 20 Milliarden Hrywnja (2,5 Milliarden Euro) gerechnet. Juschtschenko wiederum will den Verkauf eines großen Chemiewerkes im Hafen von Odessa stoppen. Der Präsident äußert seine Bedenken gegen den gleichzeitigen Verkauf der Pipeline, die zu diesem größten ukrainischen Ammoniakproduzenten gehört.

Der Kreuzzug des Präsidialsekretariats gegen die Privatisierungspläne der Regierung dürfte jedoch einen anderen Hintergrund haben. Timoschenko wollte die Privatisierungseinnahmen für die Auszahlungen an die Sberbank-Kunden aufwenden, jetzt könnte sie in Geldnöte geraten.

Auch beim Thema Inflation lässt der Präsident mittlerweile keine Gelegenheit aus, um die Regierung scharf zu kritisieren.

Auch beim Thema Inflation lässt der Präsident mittlerweile keine Gelegenheit aus, um die Regierung scharf zu kritisieren. Dabei weisen viele Experten nicht zu Unrecht darauf hin, dass öffentliche Schuldzuweisungen die Inflationserwartungen anheizen können. Eine sachliche interne Diskussion und gemeinsames Handeln wären viel wichtiger, doch davon sind heute beide Seiten weiter entfernt denn je.

WANN BRICHT DIE NÄCHSTE PARLAMENTSKRISE AUS?

Theoretisch könnte Juschtschenko die Premierministerin entlassen. Zwar hat er selbst mittlerweile kein Recht mehr dazu, doch im Parlament würden sich die für das Misstrauensvotum notwendigen 226 Stimmen wohl finden. Einige Abgeordnete von Nascha Ukraina wären jederzeit bereit, zusammen mit der Opposition für die Absetzung Timoschenkos zu votieren. Dieser Schritt würde jedoch wenig bringen. Da die Bildung einer neuen Koalition, beispielsweise zwischen der Partei der Regionen und Nascha Ukraina, am Widerstand des Großteils von Nascha Ukraina scheitern würde, wären nur zwei Varianten möglich: Entweder bleibt die heutige Koalition zwischen BJuT und NUNS formal weiter bestehen oder es kommt zu Neuwahlen. Im ersten Fall würde die Regierung kommissarisch im Amt bleiben, zwar ohne die notwendige Unterstützung der Parlamentsmehrheit, doch diese Unterstützung hat sie auch heute nicht. Viele Gesetzesentwürfe, die von der Koalition eingebracht werden, finden die notwendige Mehrheit nicht. Bei den anderen ist die Regierung auf Schützenhilfe aus den Reihen der Opposition

Entweder bleibt die heutige Koalition zwischen BJuT und NUNS formal weiter bestehen oder es kommt zu Neuwahlen.

angewiesen. Kein Wunder, wenn man berücksichtigt, dass die Koalition nur über 227 Stimmen verfügt. Dabei sind mindestens einige Abgeordnete strikt auf das Präsidialsekretariat und seinen Chef orientiert. Sechs Abgeordnete sind aus Nascha Ukraina ausgetreten und haben zusammen mit Wiktor Baloha eine neue Partei – Einiges Zentrum – gegründet, die Juschtschenko unterstützen will. Die Gefahr für Nascha Ukraina, dass es als Bündnis auseinanderfällt, wird somit immer größer. Denn die Spannungen zwischen der Fraktion und dem Präsidialsekretariat sind unübersehbar. Viele Fraktionsmitglieder sind mit der Politik Juschtschenkos nicht zufrieden – wenn eine Gruppe öffentlich Timoschenko unterstützt, befürchtet die andere einen enormen Imageschaden sowohl für den Präsidenten als auch für das Bündnis selbst.

Die Gefahr für Nascha Ukraina, dass es als Bündnis auseinanderfällt, wird immer größer. Denn die Spannungen zwischen der Fraktion und dem Präsidialsekretariat sind unübersehbar.

Das alles scheint aber Juschtschenkos Strategen wenig zu kümmern. Die Blockade der Regierung wird durch die Unterstützung ihrer Gegner verschärft. So setzt mittlerweile das Präsidialsekretariat bei den vorgezogenen Oberbürgermeisterwahlen in Kiew ganz offen auf den alten OB Leonid Tschernowezkij. Der erneute Sieg von Tschernowezkij, dem diverse Machenschaften beim Verkauf von Grundstücken in Kiew angelastet werden, wäre ein Desaster für BJuT, das diese Wahlen durch einen Parlamentsbeschluss durchgesetzt hat. Und dieser Sieg scheint nicht ausgeschlossen zu sein, zumal sich BJuT mit anderen Parteien nicht auf einen gemeinsamen „demokratischen“ Kandidaten einigen konnte.

Bei Juschtschenko hofft man, dass die Zeit gegen Timoschenko spielt. Wenn sie die Inflation nicht in den Griff bekommt, kann ihre Popularität schnell verpuffen. Über diese Gefahr ist sie sich auch selbst im Klaren. Deswegen hat sie neulich den Ton gegenüber dem Präsidenten verschärft und eindeutig einen Konfrontationskurs eingeschlagen. Somit provoziert sie Juschtschenko zum Bruch der Koalition.

Wessen Rechnung aufgeht, bleibt abzuwarten. Doch ungeachtet dessen werden weiterhin gegenseitige Spannungen und Blockaden die ukrainische Politik dominieren. Die aktuellen Entwicklungen sprechen dafür, dass die turbulente Phase noch lange nicht zu Ende ist. Dafür gibt es mehrere Gründe:

1. Die Ukraine weist im Vergleich mit allen postsowjetischen Staaten ein großes Maß an demokratischen Tendenzen auf. Diese beschränken sich aber mehrheitlich auf den Pluralismus. Dieser Pluralismus spiegelt sich in der Politik, im ukrainischen Parteiensystem, in den gesellschaftlichen Diskussionen oder in der Medienlandschaft wieder. Es ist zwar richtig, dass beispielsweise die Pressefreiheit institutionell auf wackeligen Beinen steht, und dass die Parteien in erster Linie Partikularinteressen vertreten, aber dies ändert nichts an der grundsätzlich pluralistischen Basis, die sich mittlerweile in der Gesellschaft fest verankert hat. Das ermöglicht einen gewissen Wettbewerb der Ideen in einer Situation, in der jede große politische Partei in zahlreiche Klüngeleien verwickelt ist.

2. Von zwei weiteren Grundelementen der Demokratie – Gewaltenteilung mit funktionierenden Institutionen und Bereitschaft zur gesellschaftlichen Konsensfindung – ist das Land immer noch weit entfernt. Gerichte werden im politischen Kampf weiterhin instrumentalisiert, der Präsident greift in die Kompetenzen der Regierung ein, die Verabschiedung der Gesetze richtet sich sehr oft ausschließlich an der momentanen politischen Zweckmäßigkeit aus, jede politische Kraft versucht, die Spielregeln zu ihrem Gunsten zu ändern, und bei den Machtkämpfen haben die Politiker nur Partikularinteressen und einen kurzfristigen Erfolg als Ziel vor Augen. In dieser Situation ist ein Konsens sogar in strategischen Fragen sehr schwierig. Zusätzlich wird die Lage von klaren regionalen Unterschieden zwischen den einzelnen Landesteilen erschwert. Dass diese Unterschiede oft vereinfachend als Konflikt zwischen der Ost- und Westukraine dargestellt werden und mit vielen Klischees behaftet sind, macht die Sache noch komplizierter. Bisher konnten die ukrainischen Eliten nicht einmal in strategisch wichtigen Fragen für das Land einen Konsens finden – bei den Verhandlungen über die Gaslieferungen mit Russland ebenso wenig wie bei der Festlegung der außenpolitischen Prioritäten. Das Mantra zur europäischen Integration wird zwar von allen wichtigen politischen Parteien wiederholt, beim Ausbleiben der Reformen kann es aber für die Politiker nur als Deckmantel dienen.

3. Auch wenn die einzelnen Institutionen oder politischen Parteien gerne mehr Macht für sich beanspruchen würden, ist beim politischen Wettbewerb die Verschiebung der

Machtakzente zugunsten einer Partei oder Institution sehr schwierig. Die politischen Gegner werden alles daran setzen, um eine solche Verschiebung zu verhindern. Bei den Institutionen kann eine ähnliche Situation beobachtet werden. Politisch hat sich in der Ukraine ein Dreieck gebildet: Parlamentsmehrheit/Regierung – Opposition – Präsident. In verschiedenen Situationen und abhängig von der aktuellen politischen Konstellation kann das Zusammenspiel zwischen diesen Institutionen etwas anders funktionieren. Grundsätzliche Gegensätze wird es aber bei diesem System zwischen der Regierung und der Opposition und zwischen der Regierung und dem Präsidenten immer geben. So ist es nicht verwunderlich, dass das Verhältnis zwischen dem Präsidenten und dem Premier heute kaum besser ist als in der Zeit der Janukowitsch-Regierung, obwohl Timoschenko und Juschtschenko eigentlich zum selben politischen Lager gehören. Die Beziehungen zwischen dem Präsidenten und der Opposition sind dagegen oft viel spannender, da der Präsident in der Opposition oft einen Verbündeten im Kampf gegen die allzu starke Regierung sieht.

4. Die im Dezember 2004 während der „Orangen Revolution“ verabschiedete und Anfang 2006 in Kraft getretene Verfassungsreform hat das politische System mit einem starken Präsidenten durch ein System mit zwei Machtzentren in der Exekutive und einem Wirrwarr der Kompetenzen ersetzt. Dieses System hat sich als nicht besonders funktionsfähig erwiesen. Mittlerweile sprechen alle politischen Parteien darüber, dass das Land eine neue Verfassung braucht. Jede Partei versteht darunter aber etwas anderes. Wenn der Präsident logischerweise seine Macht als Institution weiter ausbauen will und sich de facto die Rückkehr zu den alten Verhältnissen wünscht (dabei ist es eigentlich nicht so wichtig, wie der Präsident heißt), verfolgen andere politische Akteure ihre eigenen Ziele. In diesem partiellen Fall fallen die Interessen der Regierung und der Opposition zusammen – beide brauchen eher einen schwachen als einen starken Präsidenten. An der Stärkung der Präsidentschaft könnten der Premier (heute Timoschenko) und die stärkste Oppositionspartei (heute die Partei der Regionen und Wiktor Janukowitsch) nur dann interessiert sein, wenn sie halbwegs eine klare Aussicht hätten, das Amt in nicht allzu ferner Zukunft zu bekleiden. Bei funktionierenden Wahlen und einem annähernden

Gleichgewicht zwischen zwei großen politischen Lagern gibt es diese Garantie jedoch nicht. Mittlerweile hat Julia Timoschenko, die früher eher zu den Verfechtern einer starken Präsidialmacht gehörte, einen Schwenk ins Gegenteil vollzogen. In ihrer Rede am 17. April vor dem Europarat in Straßburg hat sie sich zum ersten Mal für eine parlamentarische Republik als Modell für die Ukraine ausgesprochen.

5. Das angespannte Verhältnis und gegensätzliche Interessen im Dreieck Parlamentsmehrheit/Regierung – Opposition – Präsident sorgen zwar für ein labiles politisches Gleichgewicht. Diese Konstellation bremst jedoch die Entwicklung des Landes. Gleichzeitig ersetzt diese Balance die echte demokratische Gewaltenteilung und die richtige Balance zwischen Exekutive, Legislative und Judikative. Eine Korrektur der ukrainischen Verfassung, die zahlreiche Gegensätze bereinigen würde, ist fällig. Da aber Verfassungsänderungen einen breiten Konsens fordern und die Interessen der dadurch betroffenen wichtigsten politischen Akteure so unterschiedlich sind, wird hier eine schnelle Reform kaum gelingen. Zudem besteht die Gefahr, dass die auf dem Kompromisswege beschlossenen Änderungen wieder so viele Widersprüche in sich bergen, die das Land erneut in eine Sackgasse führen würden.